## Amt Brück - Der Amtsdirektor -

Eingang im Sitzur	ngsbüro:			ļE	Beschlu	ıss-Nr.:	Bh-30-81/20		
				Ā	ktenze	ichen:			
Amt: Bauen				Z	u beha	ndeln i	n:		
Datum: 21.04.2020				öffentlicher Sitzung X					
Version: 1				nicht öffentl. Sitzung					
							J		
Betreff:Errichtung	g E-Lade	säule Steinst	raße 17	7					
Kurzinfo zum Be	schluss								
Finanzielle Ausw	virkunge	n: Nein							
Gesamtkosten:			€	Jährlich	ne Folg	ekoste	n:	€	
Finanzierung			€	Objektl	nezode	ne		€	
Eigenanteil:				Einnah					
Haushaltsbelastu	ng:		€						
Veranschlagung:			Nein			n	nit	€	
D 1.141 .									
Produktkonto:				Fina	nzH:[		ErgebnisH:		
geprüft und best	tätigt:								
<u> </u>				Unterschrift Kämmerer					
gonriift und boot	lätiat.								
geprüft und best		Amtsleiter Amtsdirektor							
		, uniciono			,	modilo			
Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen		
GV	1	07.05.2020							
O Weitere Bera	tungsfolg	en auf der 2.	Seite						
Unterschrift / Da	tum:								
				_	Vorsitzender der GV				

Beschluss-Nr.: Bh-30-81/20

Beratungsfolge	Version	Sitzung	Anw.	Dafür	Dag.	Enth.	Beschlossen

## **Beschlusstext:**

Die Gemeindevertretung Borkheide stimmt grundsätzlich der Aufstellung von 1 privaten Elektroladesäule vor dem Betriebsgrundstück der Firma SBS Borcom Service GmbH in der Steinstraße 17 zu. Der Standort der E-Ladesäule solle auf dem öffentlichen Straßengrundstück hinter den Parkfläche aufgestellt werden. Die Nutzung soll in vollem Umfang der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Unterschrift / Datum:		
	Vorsitzender der GV	

## **Begründung**

Die Firma SBS GmbH hat die Aufstellung von 1 Elektroladesäule vor der Betriebstätte in der Steinstraße 17 beantragt. Die Nutzung der E-Ladesäule soll nicht nur für die Mitarbeiter ermöglicht werden sondern vor allem der Öffentlichkeit zugänglich sein.

Dies bedeutet für die Gemeinde Borkheide ein erster Schritt zur Förderung der öffentlichen E-Ladeinfrastruktur im öffentlichen Raum.

Nach § 18 Brandenburgisches Straßengesetz handelt es sich bei der Inanspruchnahme des öffentlichen Straßenraumes um eine Sondernutzung. Die Gemeinde als Straßenbaulastträger hat daher über die Sondernutzung unter Berücksichtigung der verkehrsrechtlichen Bedingungen zu entscheiden.